

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner, Petra Guttenberger** und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde und **Fraktion (FDP)**

Drs. 16/5211

Linksextremismus wirksam entgegentreten!

Der Landtag beobachtet die zunehmende linksextremistische Gewalt mit Sorge. Der erschreckende Vorfall am 12. Juni 2010 in Berlin, bei dem linksextremistische Gewalttäter einen Sprengsatz auf Polizeibeamte warfen und zwei Polizisten schwer verletzten, stellt eine neue Eskalationsstufe dar.

Der Landtag betont, dass linksextremistische Gewalt ebenso gesellschaftlich zu ächten ist wie rechtsextremistische Gewalt. Linksextremistische Gewalt zu billigen oder gar wegen ihres vermeintlich legitimen Widerstandes gegen Rechtsextremismus gutzuheißen, zeugt von einer grundlegend falsch verstandenen Toleranz. Gewalt kann kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein und muss von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften geächtet bleiben.

Die Staatsregierung wird vor diesem Hintergrund im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel aufgefordert,

- die Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Linksextremismus mit der gleichen Intensität wie jene gegen Rechtsextremismus zu leisten,
- alle präventiven Mittel zu ergreifen, um Entwicklungen im Bereich des Linksextremismus wirksam entgegen zu wirken,
- die Vernetzung der Extremismusaufklärung mit den Schulen und anderen Bildungsträgern zu verstärken,
- die Aktivitäten der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE), die ihren Tätigkeitsschwerpunkt bislang im Bereich Rechtsextremismus hat, im Bereich Linksextremismus auf ein vergleichbares Niveau auszubauen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident